



f Elke Kahr

Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Gemeinderatssitzung 16. Mai 2013

GRAZ **KPO** informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs



Gebührenstopp statt Teuerungsautomatik!

5000 haben unterschrieben!

KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann übergibt Unterschriften an Bürgermeister Nagl.

Die Teuerung bei Energie und kommunalen Abgaben (Kanal, Müllabfuhr, Wasser) ist höher als die offizielle Inflationsrate. Sie frisst die Lohn- und Pensionserhöhungen auf und verteuert die Wohnkosten.

ihrer Unterschrift unterstützt. Bei der Budgetgemeinderatssitzung am 16. Mai übergab Gemeinderätin Ina Bergmann, die Obfrau des KPÖ-Gemeinderatsklubs, die Unterschriftenlisten an Bürgermeister Nagl.

5000 Grazerinnen und Grazer haben die KPÖ-Forderung „Gebührenstopp statt Teuerungsautomatik“ mit

Doch die Rathausstroika aus ÖVP, SPÖ und FPÖ will davon nichts wissen und hat beschlossen, die Gebühren



KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann übergab 5000 Unterschriften gegen die Teuerung



Jahr für Jahr automatisch zu erhöhen.

Nach der Wahl wollte Bürgermeister Nagl, dass die KPÖ vielen Verschlechterungen zustimmt. Dazu haben wir

„nein“ gesagt! Deshalb hat er sich die SPÖ und die FPÖ ins Boot geholt und wird den Belastungskurs fortsetzen. Die KPÖ wird in dieser Frage nicht nachgeben!

Stadtbudget: Höhere Gebühren – höhere Politikerbezüge

Das von der schwarz-rot-blauen Rathausstroika vorgelegte Budget für die Jahre 2013/14 macht deutlich: Wenn es ums Sparen geht, wird bei den kleinen Leuten angesetzt.

„Den Menschen erzählt man, dass kein Weg an höheren Gebühren vorbeiführt. Bei sich selbst ist man aber nicht bereit zu sparen“, verweist Kahr auf die Entscheidung der schwarz-rot-blauen Rathausstroika, die Parteienförderung um 800.000 Euro jährlich zu erhöhen sowie die Bezüge der Fraktionsvorsitzenden im Rathaus zu verdoppeln. – „Das Geld, das sie den Menschen aus der Tasche ziehen, stecken sie selbst wieder ein.“

Bus und Tram immer teurer ...

17 Prozent mehr als vor fünf Jahren kostet in Graz ab Juli ein Einzelfahrschein. Die Erhöhung bei der Jahreskarte betrug im selben Zeitraum 72

Euro (umgerechnet 1000 Schilling!) Die jährlichen Preisanstiege machen die Fahrkarten für immer mehr Grazerinnen und Grazer unerschwinglich.

... das Parken auch!

Dass die Parkgebühren erhöht werden, steht bereits fest. Es drohen eine Teuerung um 50 Prozent (von 60 auf 90 Cent) und höhere Kosten für Ausnahmegenehmigungen für Bewohner/innen. Noch vor dem Sommer wollen ÖVP, SPÖ und FPÖ diese Belastung beschließen. FPÖ-Verkehrstadtrat Eustacchio wollte die Teuerung als „Len-

kungsmaßnahme“ verkaufen. „Angesichts der ständigen Erhöhungen bei den Tarifen für den öffentlichen Verkehr kann man die geplante Verteuerung wohl wirklich nur als Abzocke ansehen!“, macht KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann deutlich. Offenbar hat jetzt auch die FPÖ die Autofahrer/innen als Melkkühe entdeckt.

RAT UND HILFE



Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60

Innenhöfe durch Tiefgaragen in Gefahr!

Trotz Hochwassergefahr lässt die Stadt die Bebauungsplanpflicht für Tiefgaragen in Innenhöfen fallen. **KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber** zeigt sich über einen diesbezüglichen Beschluss im Gemeinderat ernsthaft besorgt.

Werden mehr Tiefgaragen gebaut, nimmt nämlich die Bodenversiegelung weiter zu, und es bleibt weniger Grund zum Versickern des Regenwassers. „Wir sind uns des Parkplatzmangels durchaus bewusst“, erklärt Eber, „aber der

ist letztlich nur durch verstärkten Ausbau des Öffentlichen Verkehrs verbunden mit günstigen Tarifen in den Griff zu bekommen.“ Für die KPÖ steht der Schutz der Innenhöfe im Vordergrund. „Sie sind durch die kleinräumige Klimaverbesserung auch so etwas wie die grüne Lunge der Stadt.“



Stadtplanung: Lebensqualität statt Profitinteressen!

„Wenn ein stadtbekannter Bauherr auf jeder freien Wiese Reihenhäuser aufstellt, dann führt dies zu zahlreichen Problemen: Verhüttelung mitten in der Stadt, Hochwasserprobleme durch die Bodenversiegelung, Vorrang für den motorisierten Individualverkehr statt für den Öffentlichen Verkehr usw. Der Bauherr hingegen kann sich über lukrative Gewinne freuen.“ Das sagte KPÖ-Pla-

nungssprecher Manfred Eber in der Gemeinderatssitzung. Er betonte auch die Wichtigkeit des öffentlichen Verkehrs: „Die Überlegung der Rathauskoalition, Passagiere zwischen Hauptplatz und Jakominiplatz gratis fahren zu lassen, zielt wohl eher auf eine Tourismus- und Wirtschaftsförderung ab und nicht auf eine Entlastung der Menschen in unserer Stadt“



Elke Kahr. KPÖ

Tel. 0316 / 71 24 79

www.kpoe-graz.at

**Aus dem Grazer Gemeinderat:
Information aus erster Hand!**

Kaufkraftverlust bei Arbeitern bis zu 40 %

In ihrer Rede im Gemeinderat machte Stadträtin Elke Kahr auf eine alarmierende Entwicklung aufmerksam: So haben laut Einkommensbericht des Rechnungshofes von Ende 2011 Arbeiter/innen zwischen 1998 und 2011 im Durchschnitt - inflationsbereinigt - zwölf Prozent an Kaufkraft verloren, das unterste Zehntel der Arbeiter/innen sogar 40 Prozent, bei Angestellten ist die Kaufkraft um 8% gesunken.

„Kein Wunder, dass für immer mehr Menschen die Wohnkosten nicht mehr zu bewältigen sind“, so Kahr.

Weg mit dem Regress!

In der Steiermark haben Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung ein hartes Los. Bereits bei einem Einkommen ab 1286 Euro monatlich (1.500 Euro, wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) müssen sie Kostenrückerstattung leisten. Eine Indexanpassung (Valorisierung) gibt es nicht. Auf andere Unterhaltspflichten (Kinder, Ehepartner) wird beim Regress keine Rücksicht genommen. Auch individuelle Notlagen bleiben unberücksichtigt.

Viele hilflose ältere Menschen sind verzweifelt, wenn sie erfahren, dass das Land ihre Kinder zur Kasse bittet, weil sie zum Pflegefall geworden sind!

Der Regress kommt einer stillen Enteignung der Betroffenen gleich.

Nach seiner Abschaffung in Kärnten ist der unfaire und unsoziale Regress für Angehörige nur noch in unserem Bundesland in Kraft!

Petition an den Steiermärkischen Landtag:

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

Name	Adresse	Geb-Datum	Unterschrift